

Bundesamt für Sport
z.H. Markus Feller
Hauptstrasse 245-253
2532 Magglingen

Untereggen, 30. Januar 2012

Verordnung über das Bergführerwesen und Anbieten weiterer Risikoaktivitäten; Stellungnahme im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens

Sehr geehrter Herr Feller

Wir bedanken uns herzlich für die Gelegenheit, die genannte Vorlage persönlich mit Ihnen besprechen zu dürfen und nutzen hiermit die Möglichkeit, eine schriftliche Stellungnahme einzureichen.

Allgemeine Hinweise

Mit Interesse haben wir vom Bundesgesetz über das Bergführerwesen und Anbieten weiterer Risikoaktivitäten Kenntnis genommen. Anlässlich der Entstehung des Gesetzes hatte der heutige Präsident von Erbinat – Fachverband Erleben und Bildung in der Natur, Tobias Kamer, bereits Kontakt mit dem Bundesamt für Sport und erhielt dort die Auskunft, dass das Gesetz die Erlebnispädagoginnen und Erlebnispädagogen nicht betreffen werde. Vor diesem Hintergrund und nach dem Studium von Gesetz und zugehöriger Verordnung sind wir erstaunt und besorgt darüber, dass der Geltungsbereich des Gesetzes mit der Verordnung so stark ausgedehnt wurde. Nach unserem Verständnis zielte das Gesetz ab auf Aktivitäten mit erhöhtem Risiko- oder Gefahrenpotential (vgl. BBl 2009, 6029) wie das Unterwegssein im Hochgebirge, Canyoning, River Rafting und Bungee Jumping.

In diesem Sinne lehnen wir den Verordnungsentwurf ab.

Hinweise zur Systematik

Insgesamt mangelt es sowohl dem Gesetz als auch der Verordnung an einer Systematik, die einer zuverlässigen Einschätzung der Rechtslage und damit der Rechtssicherheit dienlich wäre. So ist unklar, in welchem Verhältnis die bewilligungspflichtigen Tätigkeiten und die geographischen Orte (gebirgisches Gelände, felsiges Gelände sowie Bach- und Flussgebiete) zueinander stehen. Es stellt sich die Frage, ob sämtliche gewerbsmässigen Tätigkeiten in jenen Gebieten bewilligungspflichtig sind oder nur, wenn sie in das Tätigkeitsfeld von Bergführern, Schneesportlehrern, Wanderleitern oder Kletterlehrern fallen.

Hinweise zum Geltungsbereich und zu den Begriffsdefinitionen

Wir beantragen daher, den Geltungsbereich klar einzugrenzen auf Aktivitäten mit deutlichem Risiko analog den Beispielen, die der Gesetzgeber bereits genannt hat. Darunter fallen unseres Erachtens:

- das Unterwegssein im Gebirge, wo zusätzliche Hilfsmittel wie Seile, Pickel, Steigeisen und ähnliches zur Fortbewegung notwendig sind, ausgenommen Klettergärten. Das gewerbsmässige Anbieten dieser Aktivitäten soll den Bergführern und Bergführerinnen vorbehalten sein;
- das Unterwegssein in schneebedecktem Gelände bei mindestens erheblicher Lawinengefahr (gemäss der Einschätzung des Institutes für Schnee- und Lawinenforschung SLF der eidgenössischen Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft) und einer Hangneigung über 30 Grad. Das gewerbsmässige Anbieten dieser Aktivitäten soll Bergführern und Bergführerinnen sowie Schneesportlehrerinnen und -lehrern vorbehalten sein;
- Canyoning gemäss der Begriffsdefinition des Verordnungsentwurfs (Art. 2 Abs. 1 Bst. d). Das gewerbsmässige Anbieten dieser Aktivitäten soll Bergführerinnen und Bergführern mit Canyoning-Ausbildung vorbehalten sein;
- River-Rafting gemäss der Begriffsdefinition des Verordnungsentwurfs (Art. 2 Abs. 1 Bst. e). Das gewerbsmässige Anbieten dieser Aktivitäten soll zertifizierten Unternehmen gemäss Art. 9 ff. des Verordnungsentwurfs vorbehalten sein;
- Wildwasserfahrten gemäss der Begriffsdefinition des Verordnungsentwurfs (Art. 2 Abs. 1 Bst. f). Das gewerbsmässige Anbieten dieser Aktivitäten soll zertifizierten Unternehmen gemäss Art. 9 ff. des Verordnungsentwurfs vorbehalten sein;
- Bungee-Jumping gemäss der Begriffsdefinition des Verordnungsentwurfs (Art. 2 Abs. 1 Bst. g). Das gewerbsmässige Anbieten dieser Aktivitäten soll zertifizierten Unternehmen gemäss Art. 9 ff. des Verordnungsentwurfs sowie Bergführerinnen und Bergführern vorbehalten sein.

Sämtliche übrigen Tätigkeiten wie beispielsweise Wandern, Trekking oder Bachbegehungen ohne Hilfsmittel sollen weiterhin ohne Bewilligung gewerbsmässig angeboten werden dürfen, weil:

- sie keine Risikoaktivitäten im Sinne des Gesetzes sind;
- vor diesem Hintergrund zumindest fraglich wäre, ob die Einschränkung der Wirtschaftsfreiheit noch verhältnismässig und damit zulässig wäre;
- die Natur als Lern-, Bildungs- und Erholungsort weiterhin möglichst frei zugänglich sein soll;
- Schulen und soziale Institutionen wie Kinder- und Jugendheime, Behindertenheime, psychiatrische Kliniken und ähnlichen Einrichtungen weiterhin mit erlebnispädagogischen Konzepten arbeiten können sollen.

In diesem Zusammenhang begrüssen wir die Definition von Wildwasserfahrten, welche weder Kanu- noch Kajakfahrten umfasst.

Im Weiteren sind wir der Überzeugung, dass die Einschränkung von Risikoaktivitäten anhand von bestimmten Merkmalen des Geländes nicht zielführend ist, wie das folgende Beispiel zeigt:

Die Definition von Bach- und Flussgebieten als gesamte Geländekammer, in der sich ein oberirdisches Fließgewässer befindet (vgl. Art. 2 Abs. 1 Bst. c des Verordnungsentwurfs), impliziert, dass überall in jenen Gebieten ein erhöhtes Risiko durch anschwellende Wassermassen (vgl. Art. 1 Abs. 1 Bst. a des Gesetzes) besteht, was nicht zutreffend ist.

Ähnliches gilt für die Definition von gebirgigem Gelände, welches gemäss Verordnungsentwurf sämtliche Gebiete ab Bergzone 2 umfasst. Damit fallen beispielsweise auch grosse Gebiete des Appenzellerlandes unter diese Definition, obwohl nur an ganz wenigen Stellen dieser Gebiete Absturz- oder Abrutschgefahr oder ein erhöhtes Risiko von Steinschlag (vgl. Art. 1 Abs. 1 Bst. a des Gesetzes) bestehen dürfte. Eine derart umfassende Einschränkung der frei zugänglichen Gebiete ist nicht mit dem Gesetz vereinbar und nicht verhältnismässig.

Hinweise zu den Bewilligungen (Art. 5 – 8 des Verordnungsentwurfs)

Im vorliegenden Verordnungsentwurf werden nebst dem im Gesetz genannten Tätigkeiten von Bergführerinnen und Bergführern sowie Schneesportlehrerinnen und Schneesportlehrer auch die gewerbsmässige Tätigkeit als Wanderleiterin bzw. Wanderleiter sowie als Kletterlehrerin bzw. Kletterlehrer reglementiert. Das läuft der Systematik der Gesetzgebung, wonach ausschliesslich zu regeln ist, was einer Bewilligung bedarf, zuwider bzw. weitet den Geltungsbereich des Gesetzes weit über das vom Gesetzgeber vorgesehene Mass hinaus aus (vgl. auch die Hinweise zum Geltungsbereich).

Wenn das Ziel dieser zusätzlichen Reglementierung die Gleichbehandlung von BergführerInnen und SchneesportlehrerInnen mit WanderleiterInnen und KletterlehrerInnen ist, wie das im Kommentar zum Verordnungsentwurf beschrieben ist, müssten konsequenterweise auch weitere Berufsbilder reglementiert werden, die vergleichbare Tätigkeiten ausüben, wenn auch mit anderer Zielsetzung. So setzen insbesondere Erlebnispädagogen und Erlebnispädagoginnen Klettern, Trekking, Schneeschuhtouren, Bachbegehungen und Wanderungen als pädagogische Methoden ein. Eine entsprechende Ausbildung auf dem Niveau höhere Fachschule wurde kürzlich vom Bundesamt für Berufsbildung und Technologie (BBT) anerkannt. Ähnliches gilt für Therapeutinnen und Therapeuten, die in der Natur arbeiten, sowie für Naturpädagoginnen und Naturpädagogen (z.B. Geografinnen, BiologInnen), welche in der Natur unterwegs sind, um Kenntnisse über Fauna, Flora und Ökosystem zu vermitteln.

Für ErlebnispädagogInnen, NaturpädagogInnen und TherapeutInnen wäre es nicht sinnvoll, einen Ausbildung zum Wanderleiter bzw. zur Wanderleiterin oder zum Kletterlehrer bzw. zur Kletterlehrerin zu machen. Diese Ausbildungen sind geeignet, um Angebote mit touristischem Charakter machen zu können. PädagogInnen und Pädagogen brauchen jedoch andere Fähigkeiten und Fertigkeiten. Sie müssen eine Aktivität in der Natur in Abhängigkeit von der pädagogischen Zielsetzung planen und durchführen können. Dabei sind sie auf den Zugang zu unterschiedlichen Naturräumen (wie Berge, Wälder, Bäche, Hochebenen, etc.) angewiesen. Tätig-

keiten mit erhöhtem Risiko (vgl. oben) sind ohnehin ausgeschlossen. Vielmehr müssen gemässigte Touren in Wäldern, Bächen, Schnee und Bergen möglich sein, die keine technische Ausrüstung erfordern und objektiv betrachtet ungefährlich sind. Entsprechend muss eine erlebnispädagogische Ausbildung generalistisch ausgerichtet sein und nicht spezifisch auf eine Tätigkeit vorbereiten.

Sollte also an der über SchneesportlehrerIn und BergführerIn hinausgehende Reglementierung von Berufen festgehalten werden, müsste eine für Erlebnis- und NaturpädagogInnen dienliche Lösung gefunden werden. Der Verband Erbinat würde bei der Definition entsprechender Anforderungen fachliche Unterstützung bieten. Fest steht, dass die im Verordnungsentwurf genannten Ausbildungen als WanderleiterIn und als KletterlehrerIn für die Tätigkeit als Erlebnis- oder NaturpädagogIn weder geeignet noch nützlich sind.

Schlussbemerkung

Schliesslich wollen wir unserem Unbehagen darüber Ausdruck verleihen, dass sowohl das Gesetz als auch der Verordnungsentwurf nach unserer Einschätzung vorwiegend der Standespolitik, nämlich dem Schutz von Bergführerinnen und Bergführern bzw. Schneesportlehrerinnen und Schneesportlehrern, dient. Würde die in den Kommentaren zu Gesetz und Verordnung erwähnte Sicherheit der Nutzerinnen und Nutzer solcher Angebote im Vordergrund stehen, müssten die nicht gewerbsmässigen Angebote wie beispielsweise diejenigen von Jugend und Sport oder SAC wohl auch in den Geltungsbereich des Gesetzes fallen. Allerdings sind wir uns bewusst, dass dieser Grundsatz bereits im Gesetz statuiert ist und demnach nicht mehr angetastet werden kann.



Andrea Zuffellato

Leiter des Instituts planoalto